



Grünliberale Partei Schweiz

Medienmitteilung

Thema	Armeebudget: 4.4 Mrd. pro Jahr, 80'000 Armeeangehörige und keine neuen Kampfflugzeuge
Für Rückfragen	Martin Bäumlé, +41 79 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail schweiz@grunliberale.ch , www.grunliberale.ch
Datum	14. September 2011

Armee: Sachgerechte Grundlagen erarbeiten statt teure und unrealistische Ideologien verbreiten

Die Grünliberalen lehnen den unverantwortlichen Entscheid des Nationalrates ab, der nicht nur CHF5 Milliarden pro Jahr aus dem Budget für die Armee reservieren will, sondern daneben auch Erlöse aus Verkäufen und Erträgen dem Armeebudget zusätzlich zuschmückt und die Kampfjetbeschaffung am Volk vorbeischnuggeln will. Die bürgerliche Mehrheit missachtet damit die demokratischen Spielregeln, jegliche finanzpolitische Verantwortung und gefährdet bewusst das Gleichgewicht des Staatshaushaltes. Dies macht den Grünliberalen ernsthafte Sorgen. Die zusätzliche Milliarde wird in anderen Bereichen wie Bildung und Forschung, Umwelt oder Infrastruktur fehlen – Aufgaben, welche wesentlich für die Wertschöpfung und nachhaltige Zukunft der Schweiz sind. Bei Armeefragen zeigt sich die Unglaubwürdigkeit der rechtsbürgerlichen Finanzpolitik: Generell will sie Sparen und Steuern senken – hier aber bis zu CHF 1'000 Millionen pro Jahr mehr ausgeben. Dies ohne klaren Armee- und Sicherheitsauftrag aber getrieben von antiquierten Sicherheitsvorstellungen.

Die Grünliberalen fordern eine klare Definition des Auftrages der Armee mit der Prämisse einer Ausgabenhöhe von maximal CHF 4 Milliarden Franken pro Jahr. In dieser Analyse sind die realen Bedrohungen und Risiken (wie Klimawandel, Terrorismus, Bevölkerungszuwachs) und die möglichen Massnahmen aufzuzeigen, bevor neue Kampfflugzeuge beschafft werden und damit Milliarden von Steuergeldern langfristig gebunden werden. Die heutige Armee trägt den aktuellen wahren Risiken zu wenig Rechnung. Anstatt an den Prinzipien des kalten Krieges festzuhalten, müsste der Armee eine umfassende Sicherheitspolitik unter Einbezug dieser realen Bedrohungen und Risiken erarbeiten. Dabei müssen auch geltende Tabus hinterfragt werden können.

Für die Grünliberalen wäre eine stärkere internationale, sicherheitspolitische Kooperation im Rahmen der Neutralität eine prüfungswerte Option. Eine stärkere internationale Zusammenarbeit ist gerade für die Luftwaffe ernsthaft zu prüfen. Für die sofortige Beschaffung neuer Flugzeuge sehen die Grünliberalen keine Dringlichkeit, da die bestehende Luftwaffe für die notwendigen luftpolizeilichen Aufgaben ausreicht. Zudem wurden die F/A-18 mit der von der Grünliberalen mitgetragenen technischen Nachrüstung aufgewertet und für viele weitere Jahre ertüchtigt. Die Grünliberalen fordern in jedem Fall, dass eine allfällige Beschaffung von neuen Kampfjets dem Referendum unterstellt und nicht am Volk vorbeigeschnuggelt wird.

Zusammengefasst und im Sinne eines pragmatischen Zwischenschrittes tragen die Grünliberalen den Ansatz des Bundesrates mit: 80'000 Armeeangehörige, CHF 4.4 Milliarden und die Verschiebung der Kampfjetbeschaffung. Sie lehnen aber die finanzpolitisch nicht zu vertretenden Anträge und Beschlüsse der beiden Räte sowie die verkappte Anträge von Links zur Abschaffung der Armee klar ab.